



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

p.: Pariser Briefe.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ähnliche für die Appenninen bestimmte Truppe unter Uloa. So lange das französische Heer noch nicht zur Stelle war, hatten die Oesterreicher eine große Ueberlegenheit, die jedoch ihr Feldherr, Giulay, allerdings durch äußerst ungünstiges Wetter, Regenströme und Ueberschwemmungen gehemmt, nicht zu benutzen verstand. So vergingen Wochen über Wochen, bis die Franzosen herankamen und den Oesterreichern mit wenigstens gleicher Waffe am 4. Juni bei Magenta die Schlacht angeboten werden konnte.*)

Pariser Briefe.

Paris, 24. Januar.

Eine so traurige Komödie, wie die jüngste unsrer parlamentarischen Krisen in der vorvorigen Woche, hat die an wunderlichen Peripetien bereits so reiche Versailler Assëmblee noch nicht erlebt. Vor den Neujahrserien hatte der Premier und Minister des Innern Herzog v. Broglie für den Gesekentwurf, betreffend die Ernennung der Maires, die Dringlichkeit gefordert und die Kammer demgemäß beschlossen, die Vorlage für die erste Sitzung im neuen Jahr auf die Tagesordnung zu setzen. Am 8. Januar aber war sie anderen Sinnes geworden; sie beschließt, den Entwurf bis zur Berathung des in Vorbereitung begriffenen organischen Gemeindegesezes zu vertagen. Der Beschluß wurde nicht gefaßt, im Interesse einer zweckmäßigeren geschäftlichen Behandlung, sondern er war in eminentem Maße ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium Broglie, ein Mißtrauensvotum obendrein, das aus den Reihen der der Regierung verbündeten Rechten hervorging, das durch die Art und Weise, wie der Marquis v. Francken seinen Antrag begründete, den Charakter eines Anklageacts gewann. Mit catonischer Selbstüberwindung giebt das Cabinet seine Entlassung. Und wiederum 4 Tage später hat die Kammer abermals ihre Ueberzeugung gewechselt, sie erteilt dem Ministerium ein Vertrauensvotum, dieses zieht die Entlassung großmüthig zurück und die Versammlung tritt unmittelbar in die Berathung der eben erst auf unbestimmte Zeit vertagten Vorlage.

Wie sind diese wiederholten Wandlungen möglich gewesen? Allerdings war die Kammer am 8. nicht vollzählig und in der Zwischenzeit wurden die Ministeriellen von allen Seiten, sogar aus Berlin, Bern und London zusammengesammelt. Aber auch die Opposition hatte sich verstärkt und schwerlich würde das Ministerium am 12. gesiegt haben, wenn nicht ein Theil der Gegner vom 8. unter die Fahnen der Regierung desertirt wäre. In der That stimmte der größere Theil der Bonapartisten und die gesammte legiti-

*) Hier endigt Kochau's Arbeit. —

mistische Rechte, mit Ausnahme der Herren v. Franelieu, du Temple und Cazeneuve de Pradine, für das Ministerium.

Nicht leicht versteht man die Motive dieser Komödie. Daß die Linke die Gelegenheit zum Sturze Broglie's mit Vergnügen ergriff, ist freilich selbstverständlich. Aber wie die legitimistische Rechte — wie sehr sie auch das in orleanistischem Geiste geleitete Cabinet hassen mochte — diesen Angriff gegen dasselbe ins Werk richten konnte, ist schwer erklärlich. Mac-Mahon hat sich gleich beim Antritt seiner Präsidentschaft als allzeit gefügiges Werkzeug der Majorität der Nationalversammlung erklärt. Wie nun, wenn es gelungen wäre, das Cabinet Broglie zu stürzen, wenn Mac-Mahon, den Regeln des Parlamentarismus gehorchend, aus der siegreichen Majorität ein neues Ministerium gebildet hätte, würde nicht der Löwenantheil der Linken, als dem überwiegenden Theile der Coalition haben zufallen müssen? Oder hofften die Chevauxlegers des Grafen von Chambord, in diesem Falle werde der Marschall sein parlamentarisches Gewissen bekämpfen und seine Rathgeber ausschließlich aus ihrer Reihe wählen? Einzelne Heißsporne vielleicht, nicht aber die ganze Partei hätte so verblendet sein können. Vielmehr ist möglicherweise die Vermuthung nicht unberechtigt, daß es der Rechten von vornherein mit dem Sturze Broglie's gar nicht ernst war, sondern daß sie die Ueberrumpelung vom 8. nur unternahm, um ihm einige Concessionen abzupressen. Mit aner kennenswerther Offenheit stellte ihm das Hauptorgan der Legitimisten, die „Union“, die Bedingung, daß er „das Septennat nicht zum Dogma erhebe.“ Und wirklich gab Broglie in der Kammer ziemlich unverblümt zu verstehen, daß trotz der siebenjährigen Präsidentschaft die Frage der Regierungsform bereits bei der Berathung der constitutionellen Gesetze zur Discussion kommen dürfen werde. Jetzt nach erlangtem Siege, wollen die officiösen Organe die Concessionen freilich nicht Wort haben. Sie beweisen damit aber nur aufs neue die Doppelzüngigkeit der Broglie'schen Politik.

Die nächste Folge des ganzen Handels kann nur eine abermalige Erschütterung des öffentlichen Vertrauens sein. Unwiderleglich ist nunmehr dargethan, daß jene Krisen, welche während der letzten drei Jahre so oft den Pacificationsprozeß des Landes störten, den Aufschwung der Volkswirtschaft hemmten, auch durch die Errichtung des Septennats nicht verhütet sind. Wenn die Ministerkrisen heute nicht wie früher zugleich Existenzfragen für das ganze Regierungssystem werden, so ist das keineswegs das Verdienst der sieben Jahre, sondern der Bajonette, auf welche der Präsident sich stützt. Da allein liegt der feste Punkt inmitten der Fluctuationen der hadernden Parteien. Der parlamentarische Charakter des Mac Mahon'schen Regimes ist, bei Licht betrachtet, niemals eine Wahrheit gewesen. Es giebt keine Partei in der Nationalversammlung, die dem Präsidenten diene; sie alle verfolgen

nach wie vor ausschließlich ihre alten Ziele. Raoul Duval, der vielgewandte und vielgewandelte, hat am 12. d. M. die Fahne einer rein macmahonistischen, d. h. einer unter Verleugnung all der hergebrachten Doctrinen und Bestrebungen auf die Befestigung der siebenjährigen Präsidentschaft gerichteten Partei aufgepflanzt. Schwerlich hat sich ihm ein ehrlich Gleichgesinnter gefellt; ja wer weiß, ob er selbst bei der Fahne ist, selbst wenn es sich bewahrheiten sollte, daß er, in weiterem Verfolg seines neulichen Auftretens, ein Plebiszit zur Sanctionirung der Mac Mahon'schen Gewalten beantragen will. So wiederholt sich immer die alte Beobachtung: kops- und gewissenlos treiben die Parteien dieser in der öffentlichen Meinung längst discreditirten Versammlung ihre Unwesen weiter, während im Hintergrunde immer unverkennbarer die nackte Militärdictatur ihrer Stunde entgegenharrt.

Unmittelbar nachdem das Gewitter im Innern sich in blauen Dunst verflüchtigt, zeigte sich der Horizont des Auswärtigen voll drohender Wolken. Schon seit den Weihnachtstagen war die Atmosphäre ein wenig verdächtig geworden. Die Hirtenbriefe gewisser Bischöfe hatten eine kleine Spannung mit Deutschland verursacht, der famose „Drenoque“ und verschiedene andere klerikale Liebeshwürdigkeiten verdarben den Italienern die gute Laune. Woher indeß Anfang voriger Woche die acuten Kriegsgerüchte entstanden, ist nicht aufgeklärt. Genug, sie waren da; an der Börse verursachten sie Panik, in der ganzen Bevölkerung Besorgniß. Obendrein traf dann noch die Kunde von einem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ ein, welcher Frankreich für den Fall, daß es sich zum Werkzeug des Ultramontanismus mache, den Frieden kündige. Nun war der schwarzstichtigsten Phantasie Thür und Thor geöffnet. Die Einen erkannten in dem Artikel ein Anzeichen, daß Fürst Bismarck Angesichts des Ausfalls der Wahlen zum deutschen Reichstage eine auswärtige Diverston beabsichtige; die Anderen wußten sogar bereits, was der deutsche Reichskanzler zum casus belli zu machen gedenke, nämlich — den „Drenoque“; und sogar der Verstand der Verständigen, das „Journal des Debats“ hub an, über die nimmersatten deutschen Einmischungsgelüste zu klagen, mit welchen wir es u. a. wieder einmal auf — Spanien abgesehen haben sollten! Immerhin mögen die Beängstigungen nicht ganz ohne Grund gewesen sein. Graf Arnim wird wohl in Versailles über so manche Dinge einmal eine etwas ernstere Sprache geführt haben; alsdann thaten die geschäftige Fama und das böse Gewissen das Ihrige.

Der Schreckschuß hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Niemals ist Frankreichs officiöse Presse zuvorkommender gegen Deutschland gewesen, als in diesem Augenblicke. Sie versicherte sogar, daß der in jenem Artikel des Berliner officiösen Organs entwickelte Standpunkt die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nur befestigen könne, da letzteres nicht daran

denke, für die Ultramontanen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Zugleich ward alles Volk zur Beherrschung der nationalen Leidenschaft ermahnt und jenes Wort der Admirault'schen Neujahrsrede von der Wiedererwerbung der „*prépondérance qu'elle (la France) doit avoir*“ als ungenau bezeichnet — ein Dementi, welches freilich 14 Tage früher besser am Platze gewesen wäre.

Schon war die kleine Aufregung fast wieder vergessen, als zu Anfang dieser Woche die Suspension des „*Univers*“ erfolgte aus dem offen angegebenen Grunde, weil seine Artikel und sonstige von ihm abgedruckte Actenstücke diplomatische Verwicklungen zu verursachen geeignet seien. Alle Welt wußte, wie sauer diese Maßregel dem Ministerium angekommen war, konnte also den Ernst des Augenblicks leicht ermessen. Sofort war die Opposition bei der Hand, unter dem Vorwande der Vertheidigung der verletzten Pressfreiheit aus der Bedrängniß der Regierung Vortheil zu ziehen. Zum Glück bot der *clericale du Temple* dem Minister des Aeußern unmittelbar darauf die willkommenene Gelegenheit, über das Verhältniß Frankreichs zu Italien eine so verständige und loyale Darlegung zu geben, daß die Linke nolens volens Beifall klatschen mußte. Damit wird denn der auswärtige Zwischenfall wohl seinen Abschluß gefunden haben.

Ob aber fortan das Vertrauen auf einen dauernden Frieden hergestellt ist? Wer möchte es nicht wünschen! Wie die Dinge aber liegen, scheint eher die Vermuthung begründet, daß das Mißtrauen durch die einstweilen zwar beschwichtigten Befürchtungen nur noch vergrößert und der Revanchedurst der französischen Chauvinisten durch die von der Noth des Augenblicks gebotene Freundlichkeit gegen Deutschland nur noch verstärkt ist.

Durch die kriegerischen Gerüchte ist die öffentliche Aufmerksamkeit von den Debatten über das Mairegesetz, welche acht Tage lang im Versailler TheaterSaale geführt wurden, mehr oder weniger abgezogen worden. Freilich war es auch von geringem Interesse, den verschwenderischen Aufwand von Rhetorik und nutzlosen Demonstrationen der Linken zu beobachten; das Gesetz, welches der Regierung die Ernennung der sämtlichen Maires des ganzen Landes anheimgiebt, war seit dem Vertrauensvotum vom 12. d. M. vollkommen gesichert. Die Centralisation der Verwaltung wird dadurch straffer als je, und das in den Händen von Männern, die, ehe sie zur Regierung gelangten, die Vorkämpfer der Decentralisation waren. Freilich, nach Broglie's Aussagen ist mit dem Gesetz nur eine Ausnahmemaßregel beabsichtigt, die durch das organische Gemeindegesetz beseitigt werden wird. Grade darin aber liegt die schärfste Verurtheilung; denn es wird damit eingestanden, daß man selbst zu einem von der gegenwärtigen Nationalversammlung beschlossenen Gemeinde-

gesetz nicht das Vertrauen hat, es werde der Regierung gefügige Gemeindebeamten liefern, und daß man darum sich im voraus sicherstellen will.

Nicht gerade mit einer glänzenden Majorität freilich hat Herr v. Broglie dies Hauptwerkzeug für seine ferneren Pläne der Assemblée abgerungen; in der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen entging er sogar einmal nur mit genauer Noth einer Niederlage. Aber auch hier hatte die Regierung das Glück, den ungünstigen Eindruck ihres mageren Erfolges durch die eclatante Majorität, mit welcher gelegentlich der Interpellation Ricard ihre Behandlung der Provinzialpresse gutgeheißen ward, sehr bald verwischt zu sehen.

In der Subcommission des zur Vorberathung der constitutionellen Gesetze niedergesetzten Dreißigerausschusses nahmen die akademischen Vorträge über die beste Organisation der Staatsgewalten ihren unge störten Fortgang. Jedes Commissionsmitglied hat sein „System“, welches natürlich unfehlbar ist. Danach ist ungefähr zu bemessen, wie viel Zeit die Herren noch bis zu ihrer Einigung gebrauchen werden. Ein klein wenig praktischer wird in der Hauptcommission gearbeitet, wo man bekanntlich mit dem Wahlgesetz beschäftigt ist. Man hat sich sogar bereits über den einen Punkt geeinigt, das wahlfähige Alter von 21 auf 25 Jahre zu erhöhen. Auch darüber wird man sich nächstens verständigen, daß nur ein dreijähriges Domicil am Wahlorte zur Abstimmung berechtigen soll. Der Beweis für dasselbe soll durch das Eingetragen sein in die Liste einer der vier directen Steuern erbracht werden; Alle, die nicht eingetragen sind — und ihrer ist namentlich in Paris eine große Zahl — besitzen also kein Wahlrecht. Ueber die Frage, ob die Vertretung der Interessen nur in die „Zweite Kammer“ (Oberhaus) oder auch in die „Erste Kammer“ (Volkshaus) zu verlegen sei, gehen die Ansichten noch auseinander.

Der Budgetauschuß hat nun endlich den Stein der Weisen gefunden, mit welchem er die letzte Lücke im Budget für 1874 stopfen will, nämlich eine Glassteuer auf Flaschen, Gläser, Spiegel und Krystalle. Herr Casimir Perier ist der glückliche Finder. Es geht doch nichts über einen anschlägigen Kopf! Noch schlauer ist ein anderes Mitglied der Commission. Es schlägt vor, die Zinsen derjenigen Summen, welche hiezulande bei Eingehung von Miethscontracten von den Miethern bei den Hauseigenthümern zu hinterlegen sind, dem Staate zu gute kommen zu lassen. Es sei, meint der Antragsteller, ganz gegen Recht und Billigkeit, daß die Hauseigenthümer diese Zinsen bisher in ihre eigene Tasche stecken ließen. Ohne Zweifel; nur schade, daß sie sich, würde der Vorschlag angenommen, für den ihnen entgangenen Gewinn durch eine entsprechende Steigerung des Miethpreises zu entschädigen wissen würden.